



*“Seien wir
realistisch,
versuchen wir
das Unmögliche!”*

Juni 2016, Nr. 6

DIE RECHTE DEUTSCHE WELLE

Zuerst war es eine deutliche Mehrheit, die den Flüchtlingen positiv gesonnen war. Mehr noch gab es regelrechte Empfänge mit tosendem Applaus für die Flüchtlinge an den Bahnhöfen. Doch auch damals gab es viele Politiker, allen voran Horst Seehofer (CSU), die eine Obergrenze forderten. Über die Monate hinweg entwickelte sich dann die Hetze gegen Flüchtlinge, geführt von der AfD und PEGIDA, aber auch von Medien die rechtes Material passend ausstrahlten und somit subtil die Angst vor dem „Fremden“ schürten. Es wurden aberwitzige Gerüchte in die Welt gesetzt, es wurden Brandanschläge verübt. Beliebige Zahlen kursierten in der Öffentlichkeit und gaben

wieder, was und wie viel ein jeder Flüchtling bekäme; was die Menschen immer weiter von der Willkommenskultur wegtreiben ließ.

2016 sahen wir uns nun mit einer neuen Form der Hetze konfrontiert. Der Fokus wurde von den Medien gezielt abgelenkt, indem von „Nordafrikanern“ als Täter in Köln oder im Falle Istanbuls von einem „gezielten“ Anschlag auf Deutsche gesprochen wurde.

Gerade durch die steigende Unzufriedenheit gegenüber der Politik nutzten vor allem Rechtsextremisten diese Situationen aus, um Menschen für ihre faschistische Ideologie zu gewinnen. Sie spielen ganz bewusst mit den Ängsten der Menschen und erschaffen mit ihren Lügen gezielte Feindbilder, um ihre faschistische Propaganda zu stärken und weiterzuführen.

Besonders seit der Flüchtlingskrise werden Themen wie sexueller Missbrauch in erster Linie mit den Flüchtlingen in Verbindung gebracht. Dadurch entsteht der Anschein, dass Vergewaltigungsfälle erst mit der Flüchtlingswelle

nach Europa entstanden sind. Es handelt sich hierbei jedoch um ein gesellschaftliches Problem, welches überall auf der Welt vorhanden ist.

Nicht nur Panik und Unzufriedenheit machen sich in der Bevölkerung breit, sondern auch Gewalt. Von Januar bis Ende November 2015 wurden mindestens 12.660 Delikte von Neonazis gezählt. Allein im Oktober habe es 1.717 rechte Straftaten gegeben, von denen 759 Gewaltdelikte waren. Die Bundesregierung erklärte weiterhin, dass es von Januar bis Mitte November letzten Jahres insgesamt 1.610 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte gegeben habe.

Gegenüber 2014 ist das ein Anstieg um ganze 40 Prozent. Eine weitere ernstzunehmende Auswirkung ist der Aufstieg faschistischer Parteien, vor allem der AfD. Die Wahlergebnisse 2016 waren erschreckend. In Baden-Württemberg erhielt die AfD beim ersten Anlauf schon 15,1 % und lag damit knapp

vor der SPD. In Rheinland-Pfalz lag sie mit 12,6 % deutlich vor der Linken. Auch in den Magdeburger Landtag zogen sie als zweitstärkste Partei mit 24,2 % ein. Solch eine Partei verlangt den Schutzwaffeneinsatz gegen Flüchtlinge. Jedoch ist die Bundesregierung davon überzeugt, die AfD sei nicht extremistisch und stelle keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar.

Also bedeutet die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ Deutschlands wohl Rassismus, Diskriminierung, Menschverachtung und Volksverhetzung. Es wird zudem keineswegs beachtet, dass diese Partei immer mehr an Zuspruch gewinnt. Wie werden die Zahlen wohl bei den nächsten Wahlen aussehen?

Das Augenmerk wird hierbei ganz bewusst nicht auf das



eigentliche Problem gerichtet: Krieg. Diese Menschen wollen ihre Heimat nicht verlassen, sondern werden gezwungen zu fliehen. Die Staaten, die darüber debattieren wie viele oder welche Flüchtlinge aufgenommen werden, sind diejenigen, die deren Länder bombardieren. Die Menschen werden bewusst gegeneinander aufgehetzt, etwa durch rechte Organisationen, die von den Großmächten gebilligt werden. Die strafrechtliche Verfolgung

rechtsmotivierter Täter/Taten verläuft in vielen Fällen einfach im Sande.

Das ganze Bemühen nur um vom eigentlichen Problem dieser Politik abzulenken und zwar dem System, welches eine barbarische Kriegspolitik provoziert und nur auf diese Weise fortbestehen kann.

SCHUFTEN BIS ZUM UMFALLEN

Es ist nicht möglich in die Zukunft zu blicken. Die schwarzen Wolken, die sich am Horizont auftürmen, sind allerdings klar erkennbar. Auf einen CDU-Politiker (Carsten Linnemann) geht die Aussage zurück, dass die Rente zum Leben zwar nicht ausreiche, aber sicher sei. Bereits im Jahr 2007 stimmte der Bundesrat zu, das Renteneintrittsalter ab 2012 bis 2029 für alle, die ab 1964 geboren sind, von 65 auf 67 Jahre zu erhöhen. Gerade einmal neun Jahre später wird bereits die Rente mit 70 von Politikern in Erwägung gezogen. Selbstverständlich ist ihre Begründung die gestiegene Lebenserwartung sowie der nicht zu verleugnende demographische Wandel.

Kratzt man aber nur leicht an der Oberfläche, so sind die primären Ursachen schnell ausgemacht. Die Rentenkassen sind einzig und allein deshalb leer, weil sich die Interessen der Politik in den letzten zehn Jahren immer extremer in Richtung Interessen der Unternehmen verlagert haben. Der hochgelobte Niedriglohnsektor, der auf Unrecht und Ausbeutung basiert, ist ein entscheidender Faktor. Menschen, die wenig verdienen (450€), leisten kaum Abgaben und können erst recht nicht privat vorsorgen. Weiterhin muss ein Mensch hierzulande nach jetzigem Stand allein 40 Jahre 2100€ brutto verdienen, um im Alter

wenigstens ein Anrecht auf eine Grundsicherung in Höhe von 840€ zu haben – eine Grundsicherung, mit der sich heute schon kaum leben lässt.

Ebenfalls von größerer Bedeutung ist das Senken der Lohnnebenkosten, also Kranken- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge sowie Abgaben an die Rentenkasse, die zu Lasten des Arbeitgebers fallen. Sie

fielen von 1991 bis 2003 von etwa 39% auf 33%. Hier wäre es bereits möglich, anzusetzen, jedoch stellen sich die Unternehmer schwer dagegen. Eine neuerliche Anhebung der Abgaben würde zum Verlust von vielen Arbeitsplätzen führen, da die Arbeitgeber sich die hohen Nebenkosten



einer Arbeitskraft nicht mehr leisten könnten.

Also beugt sich die Politik und das Volk bezahlt auf Dauer praktisch mit dem Leben. Doch wie lange wird sich das Volk noch beugen? Wie viel muss noch geschehen, bis es merkt, dass es von Sklaven kaum noch zu unterscheiden ist?!

Wir wollen nicht leben, um zu arbeiten – wir wollen arbeiten, um zu leben!

DEUTSCHE MITTELSCHICHT WIRD ZUR UNTERSCHICHT

Laut des Deutschen Instituts für Wirtschaftsordnung schrumpft die Mittelschicht in Deutschland vehement und liegt zurzeit bei 54%. Ob nun 54% wirklich den Lebensstandard der „Mittelschicht“ führen, während die reichsten 10% der deutschen Bevölkerung 46% des gesamten deutschen Reichtums besitzen, ist zwar zu bezweifeln, dennoch ist es laut des Instituts von

Bedeutung, einen Blick auf die Entwicklung der Schichten zu werfen.

Demnach lag die Zahl der Mittelschicht in Deutschland vor 20 Jahren bei 60% und ist somit um 6 Prozent geschrumpft. Dies bedeutet, dass sie in Deutschland genauso stark zurückgegangen ist wie in den USA.

Gründe dafür sind vor allem der Niedriglohnsektor, die niedrigeren Löhne im Dienstleistungssektor und die Abnahme der Stellen in der Industrie. Um mehr Profit zu erzielen und der Konkurrenz standhalten zu können, werden die Löhne in allen Bereichen möglichst gesenkt. Der Wegfall der Stellen in der Industrie ist darauf zurückzuführen, dass die industriellen Zweige in Entwicklungs- und Schwellenländer verlegt werden, da dort die Ausbeutungsrate erheblich höher ist und die Konzerne somit mehr Profit erzielen können.



Von dieser Entwicklung sind vor allem Migranten und die Jugend betroffen. Dem Institut zufolge sank der Anteil der 18- bis 30-jährigen in der Mittelschicht von etwa 69%

Prozent auf 52%. Die Jugendarbeitslosigkeit hat in Deutschland stark zugenommen. Um dies zu vertuschen wurde in den letzten Monaten eine neue Statistikerhebung eingeführt, mit der versucht wird, die realen Zahlen der Arbeitslosigkeit zu kaschieren. Dabei werden den Jugendlichen verschiedene „Projekte“ aufgezungen, die ihnen in kaum einer Hinsicht weiterhelfen, sich in die Arbeitswelt zu integrieren und einen Job zu finden – Hauptsache, sie sind beschäftigt. Durch diese Methodik werden lediglich reihenweise unproduktive Arbeitsplätze für Sozialarbeiter geschaffen, die die Situation nicht verbessern.

DAS RINGEN UM DIE HEGEMONIE

So leicht wird es nun doch nicht mit der Durchsetzung von TTIP. Nach vielen Jahren sehen wir, dass sich die Bürger Europas Sorgen machen. Menschen die gestern noch sagten: „Nein, Politik ist nichts für mich“, „Halt mich fern von diesem Dreck“, „Ich geh doch schon alle vier Jahre wählen“, sind heute auf den Straßen. Zuletzt versammelten sich 100.000 Menschen in Hannover, um gegen das geplante Freihandelsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zu protestieren. Ein breites Bündnis rief bundesweit zum Protest gegen TTIP und CETA auf und sprach für einen gerechten Welthandel. Im Aufruf hieß es zwar „TTIP stoppen!“, aber die Atmosphäre entsprach eher einem Aufruf zum Tanzen und Singen, um die deutsche Regierung noch einmal zum Nachdenken zu bewegen.



Seit der Berliner Großdemonstration ist zu beobachten, dass sich die Gegner des Freihandelsabkommens zu einer gewaltigen Masse formen können, welche ein enormes Potential hat. Die Kontrahenten sind Menschen aus den

verschiedensten Milieus der Gesellschaft. TTIP und den Urhebern die Stirn zu bieten wird aber erst mit einer kämpferischen Massenbewegung möglich.

Das Abkommen ist ein Produkt imperialistischer Mächte, welche alle Hindernisse vernichten wollen, die ihnen dabei im Weg stehen, den Markt an sich zu reißen und die völlige Ausbeutung des Menschen zu bewerkstelligen. Das eigentliche Problem darf allerdings nicht nur auf TTIP reduziert werden - auch muss man die Drahtzieher im Hintergrund benennen.

Neues aus den Geheimverhandlungen

Am Montag den 2.5.2016 veröffentlichte die Umweltorganisation Greenpeace den aktuellen Verhandlungsstand des Freihandelsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Rund 240 Seiten der geheimen Dokumente wurden auf der Internetseite der

Organisation veröffentlicht. Durch einen Whistleblower gelang es Greenpeace an die geheimen Dokumente ranzukommen. Der Inhalt der veröffentlichten Dokumente war wie erwartet. Die Verhandlungen zwischen den beiden Großmächten sind mit einem Handel zwischen Käufer und Verkäufer auf einem Basar zu vergleichen. Die USA fordert von der Europäischen Union die Aufhebung der Einschränkungen aller Chemieexporte. In einem Dokument heißt es: „Die USA stellen einige Sensibilitäten der EU bei bestimmten chemischen Produkten infrage“. Die EU baut derzeit auf ihre weltweit erfolgreiche Automobilindustrie.

Durch die Geheimverhandlungen zeichnet sich ab, dass sich das Ringen um die Welthegemonie Jahr für Jahr durch Kriege, Finanzkrisen, Freihandelsabkommen usw. verschärft. Hier geht es um ein Abkommen, das 40% des gesamten Welthandels betrifft. Ein Abkommen, bei dem vorhersehbar ist, dass die Unterdrückterklasse durch noch intensiveren Konkurrenzkampf der Unternehmen neue

Krisen schaffen wird. Einer der großen Hauptakteure dieses Abkommens ist die Bundesrepublik Deutschland. Das viertstärkste Industrieland der Welt strebt nach der Weltherrschaft.

Doch da die Welt uns allen gehört und die Menschheit es nötig hat ein System aufzubauen, was auf Menschlichkeit basiert, ist der zu bestreitende Weg der Weg des Antikapitalismus, denn es ist das imperialistische System, welches solche destruktive Produkte wie TTIP hervorbringt und den Völkern aufzwingt. Es ist also an diejenigen zu appellieren, die das Hauptziel des Freihandelsabkommens sind, nämlich das einfache Volk und nicht diejenigen, welche sich als Repräsentanten des Volkes ausgeben und von dieser Illusion profitieren. Es ist an der Zeit, eine kämpferische Haltung einzunehmen und diese auf Kapital und Profit fixierte Gesellschaft auf den Kopf zu stellen. Es ist an der Zeit, die Straßen zu füllen und das Monster beim Namen zu nennen: Kapitalismus!

DER 1. MAI BLEIBT ROT!

Als ein 0815-Feiertag abgestempelt bleibt der 1. Mai stets ein Tag, welcher von der unwissenden Masse keine Beachtung findet. Dabei ist er mehr als nur ein "Tag der Arbeit", welcher unsere Kalender schmücken soll. Es ist ein Tag, der in der Geschichte von den Unterdrückten blutig erkämpft und denjenigen hinterlassen wurde, welche heute immer noch unter dem Namen Lohnarbeit ausgebeutet werden. Es ist ein Tag, der den Ausgebeuteten lehren soll, sich zu erheben, sich zusammenschließen und den gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrückung auf die Straßen zu tragen.

Die Herrschenden in diesem System machen sich die Unwissenheit der Masse zu Nutze und sorgen dafür, dass sie nicht einmal in Kontakt mit der wahren Bedeutung des 1. Maises kommen. "Tanz in den Mai" heißt die Waffe, welche die Massen dazu bewegt, sich am Vorabend des 1. Maises in solchen Rauschzustand zu begeben, dass sie am nächsten Morgen vor Müdigkeit nicht mehr das Bett verlassen können bzw. wollen. Alkoholisiert landen die Menschen in Diskotheken, Hauspartys oder anderen Feiern, und "tanzen" in den Mai, anstatt sich auf den darauffolgenden Tag vorzubereiten, welcher eigentlich von ihnen fokussiert werden sollte.

Doch auch bei vielen Teilnehmenden der 1. Mai Demonstrationen des DGB ist zu beobachten, dass der Kampftag der Arbeiterklasse nicht wirklich begriffen

wurde. Wer in der Geschichte dieses Tages nachforscht, versteht schnell, dass der 1. Mai ein Produkt des Klassenkampfes ist und daher ein Tag sein sollte, an dem für die Interessen der Arbeiterklasse propagiert wird. Anhand der Transparente und gerufenen Slogans ist aber zu sehen, dass dem bei vielen nicht so ist. Entweder werden Dinge thematisiert, die rein gar nichts mit der Klasse zu tun

haben oder es werden lediglich mehr Rechte oder "erträglichere Bedingungen" gefordert. Eine revolutionäre und wirklich klassenkämpferische Perspektive ist leider nur selten zu finden. Dies wirkt sich auch auf die Haltung der Demonstranten aus, welche alles andere als kämpferisch ist.

Genau aus diesem

Grund ist es notwendig, mit einer revolutionären Haltung präsent zu sein, um die 1. Mai Demonstrationen nicht den Gewerkschaftsbürokraten zu überlassen, die tagtäglich ihre Arbeiter mit ihrer korrupten Politik hintergehen und sie dazu erziehen, sich den Grenzen des Kapitalismus unterzuordnen. Es liegt an den revolutionären Kräften, den Menschen die wahre Bedeutung des 1. Maises zu demonstrieren und den Klassenkampf als einzigen Ausweg aus der kapitalistischen Ausbeutung aufzuzeigen.



resistance.int@gmail.com

Kontakt: www.facebook.com/Resistance1917